Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 173. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 28 Juli 1925

Die Wirtschaftskrise.

Es ist ein überaus betrübliches Bild, das die soeben veröffentlichten Zahlen des deutschen Außenhandels im Juni darstellen. 337 Millionen Reichsmark war der Einfuhrüberschuß im April gewesen, nachdem das erste Vierteljahr 1925 eine Passivität unserer Handelsbilanz in Höhe von 1,6 Milliarden aufgewiesen hatte. Im Mai war das Bild nicht ganz so schlecht: der Einfuhrüberschuß betrug „nur" 266 Millionen Reichsmark. Jetzt, für Juni, ist er wieder auf 323 Millionen emporgeschnellt.

Das schlimmste dabei ist, daß zwar die Einfuhr von Fertigwaren ein wenig zurückgegangen ist, leider aber die Fertigwarenausfuhr in weit stärkerem Maße sich verminderte. Ebenso ging die Ausfuhr von Rohprodukten — namentlich Kalisalzen — und Halbfabrikaten zurück, allerdings auch die Einfuhr dieser Waren. Um über 50 Millionen Reichsmark haben wir im Monat Juni an Lebensmitteln und Getränken mehr eingeführt als im Vormonat; schon in den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben wir fast 2 Milliarden für diesen Posten unserer Einfuhr ausgegeben. Die Passivität unserer Handelsbilanz beträgt jetzt schon fast 2½ Milliarden Reichsmark. Auf der Einfuhrseite stehen die reinen Warenverkäufe für Januar bis Juni mit 6 393 178, auf der Ausfuhrseite aber nur mit 4 117 177.

Das ist nun bloß die Handelsbilanz; in Wirklichkeit sieht die Sache noch viel schlimmer aus, wenn man sich nämlich die Zahlungsbilanz ansieht. Wir erhalten an Zahlungen aus dem Ausland, also an Zinsen für dort angelegtes deutsches Kapital, nur ganz geringfügige Summen; ebenso ist der Ertrag der deutschen Seeschiffahrt infolge der niedrigen Weltfrachtentarife nicht sehr erheblich. Umgekehrt: wir zahlen sehr erhebliche Summen daran das Ausland. Man versteht die warnenden Worte, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus soeben in einem Interview an die deutsche Öffentlichkeit richtet, daß nämlich eine überaus ungesunde Kreditpolitik getrieben wird. Nicht Warenkredit, also vor allem Lieferung von Rohstoffen, wird und wurde in Anspruch genommen, sondern Betriebsmittelkredit. Gewiß leidet die deutsche Wirtschaft unter einer starken Blutleere, unter Kapitalnot; aber der Rückgang unserer Ausfuhrziffer beweist, daß die Betriebskredite nun nicht volkswirtschaftlich rentabel angelegt sind, weil sie sonst zu einer Steigerung der Warenausfuhr führen müßten, denn wir müssen die Kredite bezahlen, abdecken; aber das müßte durch Warenausfuhr geschehen, nicht durch Barabdeckung. Diese Auslandskredite sind sehr teuer und üben dadurch auf die deutsche Produktion eine stark preistreibende Wirkung aus, erleichtern also das Hereinströmen billiger Auslandsware. Der Minister weist mit Recht darauf hin, daß wir fortdauernd von unserem Vermögen leben. Er warnte auch davor, günstige Schlüsse aus dem Sinken der Erwerbslosenziffer zu ziehen. Einmal sind gerade jetzt die Saisongewerbe (Landwirtschaft und Baugewerbe) auf dem Höhepunkt ihrer Beschäftigung und — es werde so manches gebaut, was sich höchstens ein reiches Volk leisten kann. Wir denken zu wenig daran, daß jeder Kredit einmal zurückgezahlt werden muß, daß wir also das geliehene Kapital immer werbend anzulegen haben. Die Verwendung der Kredite zur Verstärkung der Betriebsmittel hat mancherorts zu einer Aufblähung des Produktionsapparates geführt, die zwar eine augenblickliche Steigerung der Beschäftigung und der Zahl der Beschäftigten veranlaßte, wobei aber die Frage des Absatzes der Mehrproduktion anscheinend ganz unbeachtet bleibt. Der Rückschlag muß kommen, sobald die Rückzahlung der Kredite akut wird.

Diese Mahnungen des Wirtschaftsministers, zu denen er durch die erschreckenden Ziffern der Handelsbilanz des Juni veranlaßt war, sind ebenso ernst wie notwendig. Wir stecken schon mitten drin in einer Wirtschaftskrise, und die Folgen der volks- und privatwirtschaftlich falschen Verwendung der Kredite werden sich sehr bald bemerkbar machen.

Außenpolitische Rede Baldwins.

Über die deutschen Vorbehalte.

London, 26. Juli.

In einer Rede über die außenpolitische Lage, die der Premierminister Baldwin in einer konservativen Versammlung in Knowsley hielt, sagte er u. a.: „Das befriedigende Merkmal der außenpolitischen Lage ist der offenbare Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes, daß die Verhandlungen, die auf einen dauernden Frieden in Europa hinzielen, fortgesetzt werden. Die deutsche Antwort auf die französische Note ist eingetroffen, und wenn ich auch nicht imstande bin, ihren Inhalt ausführlich zu erörtern, so erkenne ich doch ihre versöhnliche Absicht an. Die Lage selbst enthält viele Schwierigkeiten, aber der wesentliche Faktor ist wie immer der Wille, diese Schwierigkeiten zu überwinden, und ich glaube, daß dieser Wille in Deutschland und bei den Alliierten besteht und heute stärker ist als zu irgendeiner Zeit seit dem Kriege. Wir und Frankreich wünschen, daß Deutschland sobald wie möglich in den Völkerbund eintritt. Wenn es einmal Mitglied des Bundes auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung ist, werden alle vor uns liegenden Probleme eine neue und klarere Gestalt gewinnen. Von allen Streitigkeiten, internationalen wie inneren, hat man den Eindruck, daß man auf einem toten Punkt angekommen ist. Die vorgeschlagenen Vereinbarungen sind im Geiste der Völkerbundsatzung abgefaßt und befinden sich in Übereinstimmung mit dem Bunde. Ich begrüße es daher, daß in der deutschen Antwort diese beiden Probleme, die untrennbar mit dem Sicherheitspakt und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verbunden sind, in Verbindung gebracht werden. Es ist wahr, daß Deutschland noch immer mißtrauisch ist, wenn es von der Gefahr spricht, eine entwaffnete Nation inmitten bewaffneter Nachbarn zu sein. Aber Deutschland hat Recht, über diese Dinge gehört zu werden, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist. Es kann dann den Großmächten gegenübertreten, damit diese ohne unnötige Verzögerung dazu übergehen, die Frage der Abrüstung, die einen Teil der Völkerbundsatzung bildet, zu erwägen. Wir haben noch einen langen Weg vor uns, bevor wir den Frieden Europas sichern können, aber wir machen Fortschritte und wir erkennen an — wie dies auch die Franzosen tun —, daß es drei Etappen zum Frieden gibt: Sicherheit, Schiedsspruch und Abrüstung."

Eine Einladung Stresemanns nach Genf?

Schwierige Sicherheitspakt-Verhandlungen.

Französische und englische Blätter wissen zu berichten, daß Außenminister Dr. Stresemann im September zur Völkerbundversammlung nach Genf eingeladen werden wird, wo er mit Chamberlain und Briand über den Sicherheitspakt Besprechungen haben wird. Auf diese Weise sollen die Beratungen über diese Frage beschleunigt werden. Wie von Berliner zuständiger Stelle gemeldet wird, ist bis jetzt jedoch an den deutschen Reichsaußenminister eine Einladung zur Teilnahme an Diskussionen nicht ergangen. Ebensowenig ist eine Reise Stresemanns nach Genf von hier aus beabsichtigt. Wie es weiter heißt, sollen in den letzten Tagen zwischen den französischen und den deutschen Diplomaten in Paris wie auch in Berlin eifrige Verhandlungen gepflogen worden sein, die sich natürlich auf die letzte deutsche Note bezogen hätten. Was insbesondere den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angehe, so sei Außenminister Dr. Stresemann persönlich außerordentlich bestrebt, eine Formel der Versöhnung zu finden.

Das enttäuschte London.

Ob diese Versöhnung schon so bald herbeigeführt werden wird, ist noch sehr fraglich. Denn die letzte Entwicklung in der Sicherheitsfrage hat, wie der „Daily Telegraph" meldet, unter den britischen Ministern beträchtliche Befürchtungen wegen der Zukunft der augenblicklichen Erörterungen hervorgerufen. Die deutsche Note werde in London nicht nur als befriedigend, sondern auch als aussichtsreiche Verhandlungsgrundlage angesehen. Aber die einschneidenden Gegenforderungen Briands drohten einen Stillstand herbeizuführen. Baldwin und seine Kollegen beabsichtigten, eine sehr feste Haltung gegenüber allen übertriebenen und gefährlichen Forderungen der in Frage kommenden Parteien einzunehmen. Jegliches in Aussicht genommene Schiedsgerichtssystem müsse, wenn Großbritannien es annehmen solle, die Gewähr bieten, daß es zum Frieden und nicht zum Kriege führe, und zwar in Gestalt eines Sanktionsprozesses, der vom Völkerbund und einer vollkommen unparteiischen Autorität geleitet werde.

„Daily News" zufolge sind die Ansichten Großbritanniens über die deutsche Note zum Sicherheitspakt in einer an den britischen Botschafter in Paris gerichteten Mitteilung zusammengefaßt worden. Der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, wird umgehend Briand unterrichten. Dies geschieht in Erwiderung auf die Mitteilungen Briands, über die der französische Botschafter in London Chamberlain am Donnerstag unterrichtete.

Chamberlain zur deutschen Note.

London, 26. Juli. In einer Rede in Birmingham erklärte Außen Chamberlain u. a.: „In der auswärtigen Politik wie in inneren Angelegenheiten ist es unsere Aufgabe, nach Frieden zu streben, Verbitterung und Feindschaft sollen der Vergangenheit angehören. Ich erkenne an, daß die deutsche Note von dem Wunsch diktiert ist, die Vorschläge für einen gegenseitigen Sicherheitspakt zu fördern, wenn auch der Augenblick für mündliche Erörterungen noch nicht gekommen zu sein scheint. Die bloße Tatsache, daß ein derartiger Vorschlag von Deutschland ausgeht, hat ein merkliches Nachlassen der bis dahin vorhandenen Spannung bewirkt. Die Räumung der bis dahin besetzten Gebiete ist im Gange und wenn Deutschland ehrlich die restlichen Forderungen erfüllt, werden die Alliierten ihrerseits veranlassen, daß Köln zusammen mit der ersten Zone des besetzten Gebiets von fremden Truppen frei wird.

Räumungsbefehl für Düsseldorf.

Nach einer Äußerung des Dolmetschers beim Chef der Pioniere bei der 3. Division soll in Düsseldorf ein Befehl eingetroffen sein, wonach Düsseldorf in der Zeit vom 12. bis 16. August geräumt werden soll.

Das Ergebnis der Marokkokonferenz.

Paris, 27. Juli. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die spanisch-französische Konferenz gestern nach 38tägiger Dauer ihre Arbeiten beendet. Der Vorsitzende Jordana erklärte, daß folgende drei Fragen Gegenstand der Besprechungen gewesen seien: 1. Revision des Grenzabkommens vom 12. Juli; 2. Gemeinsame Mitwirkung und Ueberwachung der Zone von Tanger; 3. Friedensverhandlungen mit Abd el Krim. In der ersten Frage sei die endgültige Entscheidung verschoben worden. Es sei jedoch ein modus vivendi geschaffen worden, mit dem sich beide Parteien für den Augenblick als befriedigt erklärten. Ferner sei vereinbart, daß die französischen und die spanischen Truppen mit dem Recht völliger Gegenseitigkeit in beide Zonen einrücken dürfen.

Rückgabe der Privatwaffen in Essen.

Essen, 27. Juli. Die Besatzungsbehörden haben die Gemeindeverwaltung in Kenntnis gesetzt, daß sie die bei der Besatzung abgelieferten privaten Waffen (die als Kriegswaffen geltenden wurden ausdrücklich ausgenommen) gegen Aushändigung der seinerzeit von den deutschen Behörden erteilten Empfangsbescheinigungen und gegen eine von der Polizei ausgestellte Vollmacht wieder in Empfang nehmen könne.

Unsere Handelsvertragsverhandlungen.

Im allgemeinen günstige Aussichten.

Ministerialdirektor Posse machte einem Berliner Journalisten Angaben über den derzeitigen Stand der deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland. Was die Schweiz betrifft, so soll am 30. September die Beseitigung der Ausfuhrverbote erfolgen und ein neuer Zolltarif soll in Kraft treten, der zum Teil ziemlich starke Erhöhungen der Zollsätze vorsieht. Die Ratifizierung des deutsch-englischen Handelsvertrages ist im Auswärtigen Ausschuß bekanntlich erfolgt; doch vermutet man einige Schwierigkeiten im Handelspolitischen Ausschuß. Immerhin ist hier kein Grund zur Beunruhigung, da Ziffer 2 des Vertragsprotokolls Änderungen vorsieht und Besprechungen sofort eröffnet werden können. Was den Zolltrieg mit Polen anbelangt, so hofft man trotz aller Vorfälle noch immer auf einen günstigen Abschluß, besonders deshalb, weil Polen in hervorragendem Maße am Export nach Deutschland interessiert ist. Spanien ist zu neuen Verhandlungen durchaus bereit. Dabei wird es aber wohl nicht ohne verschiedene deutsche Konzessionen abgehen. Der schwierigste Fall bleibt nach wie vor Rußland. Kürzlich wurde gemeldet, daß Moskau mit dem Zustandekommen eines Vertrages mit Deutschland rechne. Solange Rußland jedoch am Außenhandelsmonopol festhält, ist alle Mühe deutscherseits vergeblich. Am besten gestalten sich die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Man erwartet hierbei keinerlei Schwierigkeiten.

Zur Aufwertung der Sparkassenguthaben.

Berlin, 26. Juli.

Der Aufwertungsausschuß des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes hat sich dieser Tage mit der durch die neuen Aufwertungsgesetze geschaffenen Rechtslage für die Sparkassen beschäftigt. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß die Festsetzung eines Einheitssatzes für alle Sparkassen erstrebenswert sei. Die Höhe des Einheitssatzes soll dem Durchschnittssatz für das betreffende Gebiet entsprechen, daher ist — wie die Deutsche Sparkassenzeitung betont — notwendig, daß die Sparkassen jetzt mit aller Beschleunigung eine Aufwertungsbilanz aufstellen. Wie hoch der Einheitssatz von der Regierung festgesetzt wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen; eine gewisse Anlehnung ist durch die Vorschrift in § 55 Abs. 2 gegeben, wonach der Mindestsatz 12½ % betragen soll; es läßt sich jedoch schon heute behaupten, daß die überwiegende Mehrzahl der Sparkassen, auch der Kassen in den Städten, diese Quote nicht erreichen wird, so daß dann die Beitragspflicht der Gewährsverbände (Gemeinden usw.) praktisch werden würde.

Von besonderer Bedeutung für die Sparkassen ist die Frage der Rückwirkung der Aufwertung, die zwar grundsätzlich ausgeschlossen, deren Einwirkung jedoch den Landesbehörden überlassen ist. Selbstverständlich kann auch in diesem Punkt nur eine einheitliche Regelung für ganz Deutschland in Frage kommen, ebenso kommt als Endtermin der Rückwirkung höchstens der 15. Juni 1922 in Betracht.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF